

Sorauer Tageblatt

(Sorauer Wochenblatt)

Veröffentlichungsblatt des Magistrats der Kreisstadt Sorau N. L.

Samstagsnummer Nr. 22 und 37

Zentrale: Zogelbau Sorau/Neudorflaß

kleinestes Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.
Amtliches Nachrichten-Blatt der Stadt Halbau.

Wochens-Nummer:
Nr. 954 Berlin N.W. 7

Wire-Konto
bei der Reichsbank

Ercheinungswelke: Täglich außer an Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Bei Abholung in untern Vertriebsstellen in Stadt und Land monatlich 2.— Reichsmark, im Wochenbezug in untern Vertriebsstellen 50 Reichspfennig, bei der Post abgeholt monatlich 2.— Reichsmark zuzüglich 30 Reichspfennig Postgebühren, durch den Briefträger ins Haus gebracht 36 Reichspfennig mehr. — Im Hause höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitseinstellung oder Wucherung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Erfüllungs- und Gerichtsamt ist Sorau N. L.



Anzeigen: Die 8spaltige Kolonelleile im Anzeigenteil je Millimeterhöhe 9 Pf., im Restteile die 4spaltige Kolonelleile je Millimeterhöhe 35 Pf., für Anzeigen durch Fernsprecher ausbezahlt 10%, aber nicht mehr als 50 Pf., für Anzeigen mit Fotogrammetrie 250 und für Anzeigen, bei denen mehrere Anzeigen im gemeinsamen Interesse die Abrechnung über eine gewisse Frist hinaus bei telefonischer Aufnahme von Anzeigen nicht übernommen werden. Rabatt nach jedem Satz. Bei Zahlungsvorzug und bei Konturufen erlischt jeder Anspruch auf Belieben. — Anzeigennahme bis 9 Uhr vorm., für größere Anzeigen ein Tag vor Erscheinen. — Erfüllungs- und Gerichtsamt Sorau N. L.

Nummer 43.

Donnerstag, den 20. Februar 1930.

120. Jahrgang

Deutsch-russischer Ausblick.

Die Vorbereitungen der W.D., zum Uebergang in die Legalität dürfen ja bei der Schicksalsverbundenheit zwischen Krenzschewitschismus und Sowjetaußenpolitik apriorisch als ein Warnungsschreiben für die deutsch-russischen Beziehungen angesehen werden. Was ihnen aber über ihre aktuelle Form hinaus Bedeutung gibt, das ist die latente deutsch-russische Auseinanderentwicklung im westpolitischen Sinne. Denn gegenwärtig stehen in Deutschland nicht mehr nur Rapallo, Locarno und Youngplan zur Erörterung, sondern auch die Ausgestaltung der russischen Außenpolitik, eine der empfindlichsten Stellen aller deutsch-russischen Beziehungen. Freilich will es die Sowjetdiplomatie Deutschland nicht verdenken können, daß es seine in Rapallo gegenüber Rußland dokumentierte Politik des Verzichtes auf die Gewaltpolitik im Osten heute auch auf Polen anwendet, aber sie fürchtet gleichzeitig auch die Gefahr, die ihr aus einer Vereitelung deutsch-polnischer Beziehungen erwächst, und seien es auch nur die allernächsten. Das um so mehr, als die Stellung Polens nicht nur eine nordosteuropäische Schlüsselstellung ist, sondern auch eine allgemein-europäische und — im Hinblick des europäischen-asiatischen Verkehrs — auch eine europäisch-asiatische. Daher kann es den Sowjetdiplomaten auch nur im höchsten Grade unangenehm sein, daß sich jetzt, nach der Anerkennung Polens als Großmacht sogar von Seiten der außereuropäischen Vereinigten Staaten, nicht zu sprechen von Frankreich und England, auch Deutschland ansetzt, mit Polen ins Reine zu kommen. Ein solcher Verlust des polnischen Pufferschmerzt Moskau um so stärker, je weniger seine eigenen Beziehungen zu Polen erträglich werden können. Allein das polnisch-baltische Problem bedeutet für Moskau — weit mehr als für die deutsche Diplomatie — eine Gefahr der ungewollten Abschirmung vom Westen, und zwar sowohl in der ostseeischen wie auch in der pontischen und pontisch-mittelmeerischen Epäure. Denn Polen wird von seinen allernächsten Freunden, einschließlich Amerikas, nicht nur als das in ihrer „Abtun“ befindliche Restglied der deutsch-russischen Beziehungen großgezogen, sondern auch als internationale Vorschleibe im europäisch-asiatischen, atlantisch-pazifischen Verkehr hochgeschätzt, womit Rußlands traditionelle Bedeutung für diesen Verkehr, im einzelnen den indoeuropäischen, in dem Grade entwertet wird, in dem auch Deutschland diese Rolle Polens im internationalen Blickfeld — wenn auch gezwungen, — aufmerkt.

Nun kann sich natürlich auch Moskau nicht der Einsicht verschließen, daß Deutschland gerade im Falle Polens zwangsläufig hinhinzuweisen muß, aber es ist doch eben dieser Zwang ein Kennzeichen der Schicksalslage Deutschlands „in der Mitte“, vertraglich verankert in Versailles. Mit seiner kirchlichen Anerkennung westlicher Bindungen Deutschlands hat wiederum gewiß nicht nur diese Bindungen gemeint, sondern auch der tiefen Resignation aus der Zweiterstellung Ausdruck gegeben, daß hier die deutsch-russischen Beziehungen wieder einmal am entscheidenden Wendepunkt angelangt sind. Wer in Deutschland sich dessen bewußt ist, daß schon der deutsche 300 Millionen-Kredit am Ausklang vor einigen Jahren politisch ein Nothelfer gewesen ist, der wird den Ernst des heutigen Wendepunktes gleichfalls erkennen. Dabei braucht man aber nicht einmal an das sonderbare Zusammenreffen des Beginnens der „dritten“ Periode der Weltrevolution mit der „Stabilisierung“ des mittel-europäischen Kapitalismus zu denken, wenn gleich es nicht weniger seltsam ist, daß in der weltrevolutionären Ideologie auch Rapallo schon eine Periode von der anderen scheidet; die „erste“ der Selbstbehauptung des russischen Einmuttertrugs gegenüber der kapitalistischen Umwelt von der „zweiten“ des — sowjetdiplomatisch verbrämten — Angriffs auf diese Umwelt. Jedoch wenn heute die „dritte“ Periode von Stalin auf die „Generallinie“ des Fünften Planes ausgerichtet ist, so erklärt sich hieraus auch die grundsätzliche außenpolitische Neu-

Abchluß der Finanzbesprechungen mit den Fraktionen

Das Finanzministerium arbeitet die Vorlagen aus. — Anfang nächster Woche Kabinettsberatung.

Berlin, 20. Februar. (Eigene Meldung.) Der Reichsfinanzminister hat gestern abend die informativsten Besprechungen mit den Fraktionsführern über die Steuerfragen abgeschlossen.

Um heutigen Donnerstag wird noch einmal über die Arbeitslosenversicherung gesprochen werden, und dann bezieht der Finanzminister auch diese Verhandlungen auf die Besprechung der Steuerfragen. Er ist der Ansicht, daß diese Besprechungen genug Material für die Ausarbeitung der Entwürfe geliefert haben und es deshalb keine Zweck hat, die Verhandlungen noch ins Endlose weiterzuführen, zumal die Meinungen der Fraktionen doch auseinandergehen. Der Finanzminister hofft, die Vorlagen bereits Anfang nächster Woche im Kabinettsrat einbringen zu können.

In der heutigen Sitzung des Reichstagsabends werden nur noch kleine Einzelfragen des Haushalts erledigt, die in der letzten Nachschicht nicht mehr abgehandelt werden konnten, aber kaum noch Schwierigkeiten machen dürften.

Somit ist also das bisherige Stadium der Finanzverhandlungen abgeklungen.

In politischen Kreisen begrüßt man es, daß der Finanzminister und überhaupt das Kabinettsrat nun wieder die Initiative ergreifen und die Parteien mit den Vorlagen vor die Frage stellen werden, ob sie dem Reich die Mittel zustimmen wollen, die zu seiner Sanierung notwendig sind, und ob sie der Wirtschaft die Aussichten einer späteren Steuerentlastung eröffnen wollen, die der Reichsfinanzminister zur Ueberwindung der Vertrauenskrise der Wirtschaft für unerlässlich hält.

Die Verhandlungen mit den Fraktionen boten in der Tat nach der im Reichstag allgemein herrschenden Auffassung kaum noch weitere Aussichten auf eine Einigung. Man weiß, wie stark die Gegenstände in der Frage der Arbeitslosenversicherung sind. Die Erhöhung der Unfallsteuer wird von den verschiedensten Seiten

einstellung mit dem Motto: „Wir brauchen das Ausland nicht“ und gleichzeitig auch die Verwerfung der radikal-agrarischen Kollektivierung zur Unterminierung der staatskapitalistischen „Mutars“.

Aber diese Kollektivierung ist zwangsläufig mit dem agrarischen und an Wodensichten reichen Südosteuropa verbunden, aus dem der günstige Ausweg auf den Weltmarkt über den Pontus, und von da entweder über das Mittelmeer oder die Donau führt. Und gerade hier liegt das künftighin vielleicht bedeutendste Kriterium der Sowjetaußenpolitik, das Moskau von Rapallo und Locarno unabhängig machen kann, ohne daß es auf die Parole der Weltrevolution und ihre Propagierung in Westeuropa zu verzichten braucht. Als gebirgiger Parteideologe hat der Georgier Stalin diese südliche Verlagerung der sowjetrussischen Stoßkraft auch vor Jahren erfaßt, als er die Stadt Zarigan an der unteren Wolga, dort, wo der Wolga-Don-Kanal begonnen wird, in Stalingrad, die „Stadt Stalins“, umbauen ließ. Zu der Tat wird der Kanal, den man schon in den nächsten Jahren fertigstellen will, die schon jetzt außerordentlich und seit Kriegsende besonders hohe Bedeutung des russischen Schwarzmeerhandels für die Weltrevolution noch mehr steigern, namentlich über die kaukasischen Häfen. Und in dem Maße, in dem Rußland europäisierend wird, zwangsläufig und programmatisch, verringert sich Deutschlands außenpolitischer Kennwert für den Sowjetstaat um so mehr, je aktueller die „Zwangshandlungen“ Deutschlands in Europa, entgegen den sowjetrussischen Interessen, werden müssen, je eher die Sowjetaußenpolitik das „deutsche Revolutionsterrain“ der weltrevolutionären Propaganda „zur Verfügung“ überlassen kann.

Darum ist das deutsch-russische Problem heute schon klar erkennbar auch als im ganzen Sinne westpolitisch, ja ozeanisch. Kann im deutsch-russischen Blickfeld auf Rapallo und Locarno ein doppelseitiges Seeinteressenrecht folgen, wie es die Londoner Notenkonferenz unmöglich macht? ✕✕

abgelehnt. In dem Projekt eines Notopfers handelt es sich um zwei Fragenkomplexe:

1. um eine einmalige Erhöhung der Einkommensteuer durch einen Zuschlag und
2. um die Erhöhung eines Beitrages von den Festbepolderten oder nur von den Beamten.

Praktisch lief dieses Projekt auf eine Kürzung der Beamteneinkünfte hinaus. Der Reichsfinanzminister sieht in dem Wort Notopfer auch nur eine vorläufige Umföhrung einer Erhöhung der Einkommensteuer, die er entschieden bekämpft hat, weil sie im Gegensatz zu dem Finanzprogramm von Dezember steht, dessen Grundgedanke die Verminderung der direkten Steuern aus den Ertragsquellen des Young-Plans war. Der Reichsfinanzminister hat in seinem Widerstand gegen dieses Projekt aus den Reihen der Parteien starke Unterstützung gefunden.

Im Vordergrund der kommenden Debatte vorliegt die Erhöhung der Einkommensteuer um 75 Prozent, so daß sie etwa 270 Millionen erbringen würde, 25 Prozent davon sollen den Ländern zugute kommen.

Wie die Gehaltswürfe im einzelnen aussehen werden, unterliegt jetzt der Entscheidung des

Kabinetts. In politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß die Verhandlungen, nachdem das schießende Stadium der informativsten Besprechungen abgeschlossen ist, einen schnelleren Fortgang nehmen werden.

Zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung.

Stellungnahme der Christlichen Gewerkschaften.

Berlin, 19. Februar. (Eigene Meldung.) Der Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, der am 18. Februar in Berlin versammelt war, befaßte sich u. a. auch mit dem Plan der Reichsregierung zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung. Nachmals wandte sich wie „Der Deutsche“ berichtet, der Vorstand kürftens gegen die Verwendung von Mitteln der sonstigen Sozialversicherungsträger für die Arbeitslosenversicherung. Es erhebe vielmehr nur gerech und billig, wenn alle Volksteile, die nicht von der Arbeitslosigkeit betroffen werden und ein regelmäßiges oder ausreichendes Einkommen haben, zu den Kosten beitragen, die zur Geltung der Arbeitslosenversicherung und damit der Reichsfinanzen notwendig sind.

Linksregierung in Frankreich?

Chaumepe als Ministerpräsident. — Aber noch keine Mehrheit.

Paris, 19. Febr. (Eigene Meldung.) Der Präsident der Republik hat heute seine Besprechungen mit den Parteiführern beendet. Er wird, wie allgemein angenommen, dem führenden radikalen Abgeordneten Chaumepe die Kabinettsbildung übertragen.

Wenn Chaumepe diese Mission übernimmt, wird er nicht geringe Schwierigkeiten zu überwinden haben, denn innerhalb der radikalen Partei haben sich zwei Strömungen geltend. Die eine Gruppe, der Chaumepe selbst angehört, strebt ein weitgehendes Konzentrationsministerium unter radikaler Führung an, das bis zur Fraktion Maginot geht, unter Ausschluß der Marineleute. Die linksstehenden Elemente, vor allen Dingen Daladier, dagegen wünschen ein rein linksstehendes Kabinettsrat, das sich zusammensetzt aus den bürgerlichen Elementen, die das Kabinettsrat dardieu am Montag gefällig haben, und das die Unterstützung der Sozialisten findet.

Die Mehrheit der radikalen Abgeordneten und Senatoren ist nicht für diese Lösung, weil das neue Kabinettsrat alsdann von jeder Schwankung innerhalb der sozialistischen Partei abhängig würde und die Sozialisten bei irgend einer Meinungsänderung von einem Tage zum anderen die Gemeinschaft der präfabrierten Elemente des Kabinettsrat dardieu von 1924—25 mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen hätte. Welche Kombination schließlich den Sieg davon tragen wird, wird von der Geschicklichkeit abhängen, mit der Chaumepe die Verhandlungen mit den Parteiführern führt. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Sozialisten erklären, daß sie ihre Unterstützung auch einem Kabinettsrat gewähren wollen, das

bis zu den Linksrepublikanern geht, das also die Minister Biétri und Lequeux umfassen würde. Bezüglich der Gruppe Maginot werden jedoch Vorbehalte gemacht.

Die Aussichten Chaumepe.

Paris, 20. Febr. (Radiobienst des „S. L.“) Ueber die Erfolgsaussichten des radikalen Fraktionsführers Chaumepe, dem, wie allgemein angenommen wird, heute die Kabinettsbildung angeboten werden wird, äußert sich „Journal“ folgendermaßen: Die bei der gegenwärtigen politischen Lage in der Kammer einzig mögliche Lösung wäre die Bildung einer Konzentrationsregierung, die auf der äußersten Linken die Sozialisten und auf der Rechten die Freunde Marins aus schließen würde. Wenn Chaumepe versuchen würde, die Konzentration zu bilden, würde er, vorausgesetzt, daß er Erfolg habe, 360 bis 390 Stimmen zusammenbringen können. Es sei jedoch fraglich, ob sich die Linksrepublikaner (Fraktion dardieu mit 52 Stimmen), die demokratisch-sozialistische Vereinigung (Fraktion Maginot mit 25 Stimmen) und die sozialistischen Demokraten mit 18 Stimmen mit der Bestimmung der Gruppe Marin von der bisherigen Mehrheit einverstanden erklären würden. Nach dem „Matin“ soll bereits gestern abend die Fraktion der Linksrepublikaner gegen Chaumepe Stellung genommen haben. Würde sie bei dieser Fassung bleiben, so erklärt das Blatt, werde es für Chaumepe schwierig sein, ein Ministerium der republikanischen Konzentration zu bilden, umso mehr, als diese Formel auf Widerstand in Chaumepe eigenen Reihen stöße, wie ja die vom erweiterten radikalen Parteivorstand angenommene Tagesordnung beweise.

Kampf um Grimme und das Polen-Abkommen.

Mißtrauensanträge gegen Ministerpräsident Braun.

Der Preussische Landtag erörterte, wie wir gestern bereits berichteten, am Mittwoch in einer außerordentlich erregten Debatte zwei Mißtrauensanträge gegen den Ministerpräsidenten. Eine wurde vom Abg. Landendorff (W. P.) begründet, der andere von dem Abg. Dr. v. Winterfeldt und Steuer (DnL).

Ministerpräsident Braun

verwies auf Art. 45 der Verfassung, wonach der Ministerpräsident die Staatsminister ernennet, und betonte, daß er im parlamentarischen Staat bei solchen Ernennungen natür-

lich den Machtverhältnissen Rechnung fragen müsse, schon weil er des Vertrauens einer Mehrheit im Parlament bedürfe. Auch habe Becker, als er sich politisch Notwendigkeiten fügend, sein Amt niederlegte, selbst als einzigen geeigneten Nachfolger Grimme vorgeschlagen. Die christlichen Konfessionen als solche hätten noch keine Aufregung wegen des neuen Kultusministers bekundet und brauchen es auch nicht, da ihre Interessen in der Verfassung und in Gesetzen geschützt seien, die selbstverständlich Minister Grimme zu wahren habe. Natürlich würden die Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen ernsthaft weitergeführt.